



Newsletter der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe: 20. WP/23-15 vom 19. Dezember 2023

Philipp Amthor MdB

Vorsitzender der Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 77692
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de
www.cducusu.de

Beiträge von Simone Borchardt MdB



Simone Borchardt MdB ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und im Petitionsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Versorgungsqualität sicherstellen für Menschen in psychischen Krisen

Alle Studien, die die gesundheitlichen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch die Corona-Pandemie untersucht haben, stellen eine erhöhte psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie fest. Auch drei Jahre nach Beginn der Pandemie zeigen sich deutliche Hinweise auf anhaltenden psychosomatischen Stress. Eine frühzeitige Diagnostik Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sind zentral, um die psychische Gesundheit der Patientinnen und Patienten wiederherzustellen oder ihre psychischen Beschwerden zu lindern. Hierzu ist es notwendig, die psychologische, psychotherapeutische und psychiatrische Regel- und Krisenversorgung flächendeckend zu verbessern und effektiver zu verzahnen.



Eine starre und zugleich gefährliche Richtlinie

Die seit 2020 in den Krankenhäusern geltende „Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie“ (PPP-RL) hat ohne empirische Grundlage Untergrenzen für die Personalausstattung definiert. Kliniken, welche sie – auch nur temporär und in einzelnen Berufsgruppen – nicht einhalten können, müssen ab 2024 mit drastischen Strafzahlungen rechnen. Aktuelle Daten und Analysen zeigen, dass diese Strafzahlungen in ihrer Höhe unverhältnismäßig, in ihrer Ausgestaltung unsachgemäß und in ihrer Wirkung unkontrolliert sind. Die Strafzahlungen werden in vielen Kliniken eine Abwärtsspirale auslösen: Bettenabbau, Stilllegung innovativer Angebote, Motivationsverlust der Mitarbeitenden – bis hin zur Schließung ganzer Kliniken. Dies wird Krankenhäuser im ganzen Land betreffen - bundesweit wird es zu einer weiteren Verknappung der stationären Versorgungskapazitäten und Überlastung der ambulanten Versorgung führen. Insbesondere in dem ländlichen Raum – und damit in unserem Bundesland - werden bestehende Probleme bei der stationären Versorgung dadurch noch vergrößert. Dies ist nicht hinnehmbar!

Unsere Forderung: Versorgungsstabilität sichern

Wir lehnen einen solch unreflektierten gesundheitspolitischen Vorstoß entschieden ab und bringen unseren Antrag „Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen stärken“ in die parlamentarischen Beratungen ein. Statt ausufernder Bürokratie und starrer Quoten bedarf es eines realitätsnahen und pragmatischen Konzepts, um die Versorgung nachhaltig zu verbessern.

Mehr dazu in meiner Rede, die Sie unter folgendem Link finden:
<https://dbtg.tv/cvid/7604510>.

* * *

Ampel potenziert eine kalte Strukturbereinigung in der deutschen Krankenhauslandschaft

„Wir stehen am Vorabend eines Krankenhaussterbens“ – das waren die Worte des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach in einem Interview mit der ZEIT. Dieses Szenario gilt es eigentlich dringend zu verhindern. Noch Anfang November 2022 hatte Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach vollmundig öffentlich erklärt: „Kein Krankenhaus wird ein Problem bekommen,



weil es die Inflation nicht bezahlen kann, den Strom nicht bezahlen kann oder das Gas nicht bezahlen kann.“ Dass der Bundesgesundheitsminister sein Versprechen nicht gehalten hat und die Belange der Krankenhäuser nicht ernst nimmt, wurde bei der dieswöchigen Sitzung des Gesundheitsausschusses deutlich: Die Regierungsparteien haben unseren Antrag „Vorschaltgesetz jetzt beschließen und kalte Strukturbereinigung in der deutschen Krankenhauslandschaft verhindern“ geschlossen abgelehnt.

Ampel weiterhin ohne zielführende Initiativen

Noch erschreckender ist, dass das Bundesgesundheitsministerium es gänzlich versäumt hat, jegliche Gegenvorschläge einzubringen und Verantwortung für die Stabilisierung der Krankenhauslandschaft zu übernehmen: Nach aktuellen Prognosen droht jeder fünften Klinik in Deutschland die Insolvenz, solange die geplante Krankenhausstrukturreform nicht greift und keine entsprechende Brückenfinanzierung sichergestellt wird – das ist inakzeptabel! Ein Vorschaltgesetz ist jedoch unabdingbar: Ohne diese Maßnahme droht der deutschen Krankenhauslandschaft ein unkontrollierbarer Kahlschlag, nach dem auch die geplante Krankenhausreform nicht mehr wirkungsvoll greifen kann. Gerade den ländlichen Raum, zu dem unser Bundesland gehört, würde ein unaufhaltbares Krankenhaussterben besonders hart treffen und die ohnehin schon schwierige Versorgungssituation noch zusätzlich gefährden.

Unsere Forderung: Versorgungsstabilität sichern

Für uns als CDU/CSU-Fraktion bleibt klar: Es gilt, eine ungeordnete kalte Strukturbereinigung zu verhindern und die deutsche Krankenhausversorgung so lange stabil zu halten, bis die anstehende Krankenhausreform ihre Wirkung entfaltet. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Masseninsolvenzen in der Krankenhauslandschaft verhindert werden. Somit werden wir in den parlamentarischen Debatten kontinuierlich auf Herrn Lauterbach und die Ampelparteien einwirken, damit sie endlich zur Vernunft kommen und ein Vorschaltgesetz beschließen und einbringen.

* * *